

Andalusien: Wahlsieg der Rechtspartei, Zuwachs der Faschisten und das Elend der spanischen Linken

Eckart Leiser

Andalusien hat in Spanien in etwa das politische Gewicht wie Nordrhein-Westfalen in Deutschland. Darum blickte das Land gespannt auf die regionalen Wahlen vom letzten Sonntag, werden sie doch als Einleitung des Endes der Linksregierung in Madrid gewertet. Ergebnis: Die Rechtspartei PP hat sich seit den letzten Wahlen 2018 von 26 auf 58 Abgeordnete mehr als verdoppelt, die sozialistische Partei PSOE – bisher am stärksten - fiel von 33 auf 30, die beiden Nachfolger des Linksbündnisses Adelante Andalucía kamen auf zusammen 7 nach 17 Sitzen vor vier Jahren, und die rechtsliberale Partei, bisher 21 Sitze, verschwand völlig aus dem andalusischen Parlament.

Die Wahlen gestatten auch - im regionalen Maßstab - einen Blick auf den Zustand der spanischen Linken und auf die Chance des Projekts von Yolanda Díaz für eine mehrheitsfähige transversale linke Bewegung in Spanien, über das gegenwärtige Bündnis „Unidas Podemos“ hinaus. Als Beispiel kann die Geschichte, die Aufspaltung und der Verfall (siehe oben) des Bündnisses „Adelante Andalucía“ dienen.

Das politische Projekt geht auf das Jahr 2018 zurück, als die letzten Regionalwahlen bevorstanden. Die Idee war ein breites Bündnis aus linken, ökologischen, feministischen und „nationalistisch-andalusischen“ Gruppierungen, das sich um Parteien wie „Podemos Andalucía“ und „Izquierda Unida – die Grünen, Sammelbewegung für Andalusien“ herum kristallisierte. Später stießen nationalistisch-andalusische Gruppen wie „Andaluzistische Linke“ und „Andalusischer Frühling“ dazu und als Nachzügler schließlich „Antikapitalistisches Andalusien“. Was das Bündnis einte, war eine frontale Opposition gegen die seit fast 40 Jahren regierende „Sozialistische Arbeiterpartei“ PSOE. Das politische Projekt schaffte es trotz seiner chaotischen Geburt, für die Wahlen im Dezember 2018 zu kandidieren und gewann immerhin 17 der 109 Sitze im andalusischen Parlament, mit Teresa Rodríguez als Spitzenkandidatin. Diese hatte sich gegen den Widerstand von „Podemos“, ebenfalls zum Bündnis dazu gestoßen, durchgesetzt.

Kern des Widerstands: Die eher zentralistische Partei Podemos widersetzte sich dem Plan von Rodríguez, Adelante Andalucía auch auf nationaler Ebene bei den Wahlen im November 2018 antreten zu lassen. Der Zerfall des Bündnisses war damit vorprogrammiert. Anfang 2020 begann Rodríguez damit, aus dem Wahlbündnis Adelante Andalucía eine Partei zu machen und gab gleichzeitig ihr Parteibuch von Podemos zurück. Ihre bisherigen Bündnispartner, vorneweg die „Vereinigte Linke“ (IU), fochten diese Parteigründung vor den zuständigen Behörden an, denn sie sahen in ihr die Usurpierung der Marke „Adelante Andalucía“, der Name des Bündnisses. Die Führer von „Antikapitalistisches Andalusien“ beschuldigten daraufhin IU, sich an den Kassen des Bündnisses bedient zu haben. Ende der Geschichte: Im Oktober 2020 beantragten die Genossen den Hinauswurf von 9 der 17 zu ihrer Fraktion „Adelante Andalucía“ gehörenden Abgeordneten - wegen „Transfugismus“. Teresa Rodríguez, Sprecherin der Fraktion, gehörte zu den Hinausgeworfenen.

Diesem Antrag wurde schließlich mehrheitlich, mit den Stimmen der faschistischen Partei Vox, stattgegeben. Ein halbes Jahr später änderte der Rest der Fraktion deren Namen: aus „Adelante Andalucía“ wurde „Unidas Podemos por Andalucía“. Damit war

der Name frei für eine Neugründung des Wahlbündnisses durch Teresa Rodríguez. Kurz darauf liefen zwei weitere der 8 übriggebliebenen Abgeordneten der ursprünglichen Fraktion zur Neugründung „Adelante Andalucía“ über. Von den ursprünglich 17 Fraktionsmitgliedern blieben damit 6 zum Zeitpunkt der jetzt stattgefundenen Wahlen übrig. Immerhin hatten es diese „Trümmer“ des ehemaligen Linksbündnisses noch rechtzeitig geschafft, ein neues Wahlbündnis mit dem Namen „Por Andalucía“ („Für Andalusien“) zustande zu bringen. Mitglieder: Izquierda Unida, Más País (Abspaltung von Podemos), den „Andalusischen Grünen“ und „Initiative des andalusischen Volkes“. Podemos hatte den Antrag zum Eintritt in dieses Bündnis „verschlafen“ und konnte dieses im Wahlkampf daher nur von Außen unterstützen.

Am Ende traten also statt einem linken Bündnis bei diesen Wahlen gleich zwei auf – die armen potenziellen Sympathisanten unter den Andalusiern, die sich am letzten Sonntag in diesem Chaos „linker Bündnisse“ zurechtfinden sollten... Das Ergebnis kann nun besichtigt werden (siehe oben): die Präsenz einer dem Anspruch nach „authentisch linken“ Alternative zur „sozialistischen Arbeiterpartei“ PSOE im neuen andalusischen Parlament ist auf weniger als die Hälfte geschrumpft. Die erste Schuldzuweisung geht an die niedrige Wahlbeteiligung. Diese ist übrigens seit den letzten Wahlen leicht um zwei Prozent gestiegen.